

Zeitschrift:	Der Fourier : officielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen
Herausgeber:	Schweizerischer Fourierverband
Band:	66 (1993)
Heft:	7
Artikel:	Stellungnahme des Bundesrates zu den Abstimmungsergebnissen vom Sonntag, 6. Juni 1993 : beide wehrpolitischen Initiativen abgelehnt
Autor:	[s.n.]
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-519803

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Heereskunde

Die Versorgung innerhalb der Logistik

Ein System unterirdischer, kombinierter Versorgungsanlagen geht seiner Vollendung entgegen. In diesen Anlagen sind unter anderem Spezialwerkstätten für die Reparatur von Geschützen über Panzeraggregate und Motorfahrzeuge bis zum Übermittlungs- und Radargerät vorbereitet.

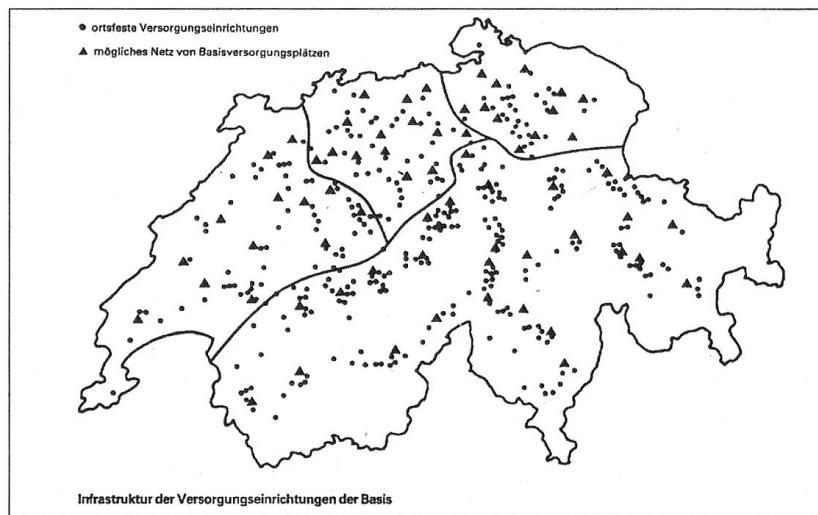
In der unterirdischen, kombinierten Versorgungsanlagen sind nebst den Vorräten des Materialdienstes und Verpflegungsmitteln auch bedeutende Sanitätsmaterialreserven eingelagert. Insgesamt sind für die Versorgung im Kriegsfalle über rund 600 Anlagen der Basis vorhanden. Die dort eingelagerten Vorräte wiegen rund 650 000 Tonnen, also mehr als 1 Tonne pro Schweizer Wehrmann. Aus dieser Darstellung geht zusammenfassend die insgesamt vorhandene Versorgungsinfrastruktur der Basis hervor. Dabei kann zwi-

schen den ortsfesten Einrichtungen, vergleichbar mit zivilen Regionallagern und den frei wählbaren Basisversorgungsplätzen, die gleiche Funktionen wie zivile Einkaufszentren erfüllen, unterscheiden werden.

Seit der Inkraftsetzung der neuen Versorgungskonzeption am 1. Januar 1977 kann jede Truppe auf diesen Basisversorgungsplätzen über verhältnismässig kurze Di-

stanzen all das abholen, was sie benötigt. Der Truppe wird im Anschluss an die Kriegsmobilisierung überdies eine grosse Versorgungsautonomie durch Abgabe zusätzlicher Versorgungsgüter verliehen. Sie soll, unabhängig vom täglichen Nach- und Rückschub, während einer ganzen Kampfperiode leben und kämpfen können.

(Quelle: «Die Schweizer Armee heute» von L. F. Carrel)



Stellungnahme des Bundesrates zu den Abstimmungsergebnissen vom Sonntag, 6. Juni 1993

Beide wehrpolitischen Initiativen abgelehnt

Volk und Stände haben die Initiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» klar abgelehnt. Bachab geschickt wurde ebenfalls das Begehrn «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär». Im Namen der Landesregierung nahm Bundesrat Kaspar Villiger am Sonntag abend vor der Presse zu beiden Vorlagen Stellung. Dabei zeigte sich der EMD-Chef erfreut über die beiden Abstimmungsergebnisse. «Nun können wir mit ganzer Kraft die Armeereform '95 wie auch unsere Sicherheitspolitik weiterführen.»

Mit grosser Genugtuung hat der Bundesrat vom Nein zur Initiative für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge Kenntnis genommen. EMD-Chef Kaspar Villiger: «Dieses Ergebnis zeugt vom hohen Verantwortungsbewusstsein unserer Bürgerinnen und Bürger.»

Gravierende Lücke geschlossen

Die Verwerfung der Initiative der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» ermögliche, dass die Armee ein «glaubwürdiges Instrument der Sicherheitspolitik» bleibe. Die gravierende Lücke in unserer Luftverteidigung sei damit

geschlossen, das Kernstück der neuen Verteidigungskonzeption, die dynamische Raumverteidigung, könne nun realisiert werden. Die Schweiz habe auch gegen aussen ihren Willen zur Selbstbehauptung signalisiert, was gerade jetzt wichtig sei, «wo wir unsere Position in Europa neu definieren».

«Verantwortung und Sicherheit»

Eine auf den ersten Blick populäre Volksinitiative sei am Verantwortungsbewusstsein des Souveräns gescheitert, erklärte der EMD-Chef. Das gebe Anlass zur Überzeugung, dass ebenfalls die schon angekündigten, zum Teil noch extremeren Forderungen gegen Armee und Landesverteidigung

keine Chancen hätten. Villiger hob hervor, dass neben der Bedeutung für die Sicherheit unseres Landes auch weitere Zeichen gesetzt wurden. Die Initiative der Armeeabschaffer wollte «verfassungsmässige Parlamentsentscheide rückwirkend umstürzen; das hätte die Rechtssicherheit und die Problemlösungsfähigkeit gefährdet». Auch aus dieser Sicht sei dieser Entscheid wegweisend.

Wieder am selben Strick ziehen

Die Armee sei mit dem heutigen Entscheid klar gestärkt worden, meinte der EMD-Chef. Dies gelte sowohl für die Glaubwürdigkeit des Verteidigungswillens als auch für die Motivation der Truppe. Gleichzeitig sei aber auch eine wichtige Voraussetzung für die zügige Weiterführung der Reformen erfüllt. Bundesrat Villiger unterstrich denn auch, dass er sich «jetzt mit ganzer Kraft der Armee-reform widmen» könne. Es sei äusserst wichtig, dass die um einen Drittel reduzierte Armee '95 jene Ausrüstung erhalte, die zuoberst auf der Prioritätenliste steht. Alle, die zwar für die Armee einstehen, in der Flugzeugfrage aber anderer Meinung waren, rief Villiger auf, «Bundesrat und Parlament in ihrer Sicherheitspolitik zu unterstützen». Er hob hervor, dass sich das EMD seiner Mitverantwortung für die anderen Staatsaufgaben weiterhin bewusst sei: «Wir werden auch künftig nur das Nötigste beanspruchen und auf bloss Wünschbares verzichten.»

Risikovorsorge und Kooperation

Neben der Sicherheit der Schweiz begrüsste Bundesrat Villiger die gerade in der Rezession enorm wichtigen wirtschaftlichen Impulse, welche mit der Flugzeugbeschaffung verbunden sind. Ausserdem habe der Souverän das wich-

tige Signal gesetzt, «dass die Schweiz auch in Zukunft ein verlässlicher sicherheitspolitischer Partner in Europa sein will». Neben der Risikovorsorge in Form einer glaubwürdigen Landesverteidigung solle auch der zweite Pfeiler der Sicherheitspolitik gestärkt werden: die Chancenförderung und die internationale Zusammenarbeit.

Entscheid der Vernunft

Der Bundesrat begrüsste auch das Nein zur Waffenplatz-Initiative. EMD-Chef Kaspar Villiger bezeichnete das Verdict als «Entscheid der Vernunft». Das Abstimmungsresultat zeige, «dass das Volk eine leistungsfähige Armee will». Mit der Ablehnung des Begehrens bleibe der Weg frei für notwendige Erneuerungen von Waffen- und Übungsplätzen und somit für eine zeitgemäss Ausbildung unserer Bürgersoldaten. «Nun können wir vermehrt auf Simulator-Training umstellen und dadurch die Belastung der Zivilbevölkerung und der Umwelt reduzieren», erklärte der EMD-Chef.

Die Modernisierung von Ausbildungsanlagen sei auch eine wichtige Voraussetzung zur Verwirklichung der Armee '95. Mit dem Nein zur Waffenplatz-Initiative werde die Reform «wesentlich erleichtert». Im übrigen könnten jetzt auch dringend erforderliche Sanierungen von Truppenunterkünften rascher vorgenommen werden.

Kein Blankocheck für das EMD

Das Abstimmungsresultat sei allerdings kein Blankocheck, betonte Bundesrat Villiger. Das EMD wolle weder mehr als 50 Waffenplätze noch eine Verbetonierung der Landschaft. «Wir werden die militärische Bautätigkeit auf ein vernünftiges Mass beschränken.» Nach den Worten des EMD-Chefs

ist Umweltschutz auch in der Armee eine Selbstverständlichkeit. Die vielen Ja-Stimmen seien jedoch «eine politische Verpflichtung».

Villiger attestierte den Initianten, sie hätten zum Teil berechtigte Anliegen in die politische Diskussion gebracht, indem sie dazu beitragen, Bürger und Armee für die Zusammenhänge zwischen Ausbildung und Umweltschutz zu sensibilisieren. «Dabei sind sie aber über das Ziel hinausgeschossen.» Der EMD-Chef dankte allen, die den Bundesrat unterstützt haben.

In eigener Sache

Diesem Dank schliessen sich ebenfalls der Schweizerische Fourierverband und «Der Fourier» an. Letzterer deshalb, weil genügend Platz und Mittel eingeräumt werden sind, gezielt und effizient gegen eine Schweiz ohne Armee einzustehen. Wie Sie mit dieser Ausgabe sicherlich sehen, sind wir gerne zu unserer Tagesordnung übergegangen in der Hoffnung, künftig von solchen hinterhältigen Abstimmungen verschont zu bleiben.

Antreten zum Küchendienst. Doch vorher noch eine kurze, präzise Erörterung.

«Küchengehilfe Wismer, bei wieviel Grad kocht das Wasser?»

«Bei 100, Herr Quartiermeister.»

«Falsch – bei 90 Grad.»

Eine Woche später knöpft sich der Vorgesetzte den Küchengehilfen vor, setzt ein versöhnliches, menschliches Lächeln auf:

«Mit Ihrem Kochgraden, Wismer, lagen Sie selbstverständlich goldrichtig. Ich hatte das mit dem rechten Winkel verwechselt.»